



KUNDGEBUNG

„FRIEDEN und GERECHTIGKEIT in PALÄSTINA und NAHOST“

Samstag, 22. Mai 2021

FRANKFURTER RÖMER
Römerberg 23, 60313 Frankfurt am Main

Rede von Ramazan Kuruyüz, des Vorsitzenden der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

Verehrte Frankfurterinnen und Frankfurter,
verehrte Hessinnen und Hessen,
liebe Geschwister und Freunde!

Zuallererst begrüßen wir den Waffenstillstand zwischen Israel und Hamas, freuen uns auf die Beendigung der Kampfhandlungen in der Region und hoffen auf die Einhaltung der diesbezüglichen Erklärungen der israelischen Regierung und der Hamas. Wir rufen nun unsere Bundesregierung, sich mit all ihren Möglichkeiten für die Einhaltung des Waffenstillstandes durch beide Seiten und für einen nachhaltigen, dauerhaften und gerechten Frieden in dieser Krisenregion sowie für den Aufbau des Gazastreifens einzusetzen und somit die Leiden des palästinensischen Volkes zu mildern.

Während wir als Muslime hier in Deutschland unseren Fastenmonat Ramadan – Gott sei Dank - in Frieden begangen haben, haben Menschen, Muslime in Palästina, Jerusalem und Gaza - wie im Juli 2014 - auch in den letzten Tagen des diesjährigen Fastenmonats Ramadan, vor zwei Wochen, unter Gewalt, Krieg, Bomben und Raketen gelitten.

Wie begründet die israelische Regierung ihre Angriffe und Militäroperationen? Wie immer, auch diesmal, mit „Selbstverteidigungsrecht!“. Die israelische Regierung stellt sich dabei wie gewohnt als „unschuldig“ dar. Die Tatsache über das Verhältnis von Ursache und Wirkung, Auslöser und Folgen wird von der israelischen Regierung – wie in vorherigen kriegerischen Auseinandersetzungen - verdreht!!! Und ihre Verbündeten bzw. Unterstützer, darunter leider auch unsere Bundesregierung, Hessische Landesregierung und fast alle Medien in Deutschland ignorieren diese Tatsache und spielen dieses Theater mit. Wie wir alle wissen, waren Auslöser und Verursacher auch diesmal die israelische Regierung vor allem mit ihrer

Siedlungspolitik, die Stürmung der Al-Aqsa-Moschee im besetzten Ost-Jerusalem durch israelische Polizisten und Streitkräfte in den letzten Tagen des Fastenmonats Ramadan und die Zwangsräumungen von palästinensischen Familien im arabisch geprägten Ost-Jerusalem durch israelische Behörden – obwohl sie dort seit Generationen leben.

Liebe Geschwister und Freunde!

Das Recht auf Selbstverteidigung gibt keinem Land die unbeschränkte Freiheit, Zivilisten zu töten und einem anderen Volk eine kollektive Bestrafung aufzuerlegen. Israel verletzt und missachtet mit Anwendung unverhältnismäßig großer Gewalt und Tötung von Zivilisten, darunter zahlreiche Kinder und Frauen, eindeutig alle internationalen Rechte. Israel tritt das Völkerrecht mit Füßen! Wir sind es von Israel altgewohnt!

Israel kennt keine heiligen Werte! Israel kennt keine Moral! Israel missachtet seit Jahrzehnten das internationale Völkerrecht! Israel kennt keine Menschenrechte! Israel kennt keine Religionsfreiheit! Israel hat keinen Respekt gegenüber heiligen Tagen und Werten der Muslime und Palästinenser! Israel kennt keine Menschenwürde! Israel hat keinen Respekt vor dem Leben von Zivilisten! Israel kennt keinen Unterschied zwischen Zivilisten und Kämpfern!

Und was macht aber die „zivilisierte!“ Menschheit? Sie schweigt! Wenn sie spricht, dann bekundet sie nur ihre Solidarität mit Israel! Vor allem gilt meine Kritik hier für die US-Regierung und die Regierungen der EU-Länder einschließlich der Bundesregierung. Sie verurteilen nur die Raketenangriffe der Hamas auf Israel und bezeichnen aber die Vergeltungsangriffe und den Völkerrechtsbruch Israels als Selbstverteidigungsrecht. Keine einzige Kritik an den unverhältnismäßigen Vergeltungsangriffen der israelischen Armee.

Nach diesen Tatsachen frage ich hier die US-Regierung, die EU-Regierungen und vor allem - nach den diesbezüglichen aktuellen Stunden und Debatten in den vergangenen Tagen im Bundestag und Landtag - unsere Bundes- und Landesregierung sowie die Fraktionen im Bundestag und Landtag: Was für ein Verständnis zur Gerechtigkeit und zum Selbstverteidigungsrecht vertreten Sie? Vertreten Sie nur „das Recht des Stärkeren“? Nur zur Klarheit sage ich in aller Deutlichkeit: Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht! Und dieses Unrecht darf nicht als Selbstverteidigungsrecht genannt werden!

Die unbestreitbar historische Verantwortung gegenüber den Juden und dem Judentum darf die deutsche Gesellschaft und Politik nicht dazu verleiten, Israels unverhältnismäßige Gewaltpolitik zu ignorieren oder gar zu befürworten. In den letzten Tagen bekunden fast alle Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker sowie manche gesellschaftlichen Kreise einschließlich Kirchenvertreter auf der Bundes- und Landesebene ihre Solidarität mit Israel. Ich frage hier alle: Womit denn solidarisieren? Mit der unverhältnismäßigen Gewalt Israels? Mit Ermordung von Kindern und Zivilisten? Eine solche Solidarität ist eine Verunglimpfung von den getöteten Kindern und Zivilisten. Mit einer solchen Solidarität geben die Politiker bewusst oder nicht bewusst, gewollt oder nicht gewollt einen gefährlichen Appell an die Adresse der israelischen Regierung: „Weiter so!“

Liebe Geschwister und Freunde,

für mich und die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen gilt der Gerechtigkeitsansatz des Qur'ans: Das Leben eines einzigen friedfertigen, wehrlosen und unschuldigen Menschen, unabhängig von seiner Herkunft oder seiner Religion, ob Palästinenser oder Israeli, ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit. *„Kein Mensch trägt die Last des anderen.“* Deshalb rufen wir als IRH hier, anders als die US-Regierung, die EU-Regierungen und die deutsche Politik, sowohl die israelische Regierung als auch die Hamas auf, die Gewalt für immer zu beenden. Wir rufen Israel auf, mit ihrer Gewaltpolitik aufzuhören. Wir rufen zugleich die Hamas auf, mit ihrem Raketenbeschuss auf israelische Städte für immer aufzuhören. Auch die Hamas verletzt damit das Völkerrecht. Wir rufen die Israelis und Palästinenser auf, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und endlich mal einen aufrichtigen Friedensprozess mit einer gerechten Lösung im Interesse von beiden Völkern, zu beginnen. Dieser Hass, diese Feindschaft, diese Gewalt und das ständige Töten müssen für immer ein Ende haben! Wie lange noch wollen und können die Israelis und Palästinenser unter diesen unmenschlichen Verhältnissen leben? Das ist doch kein Leben! Das kann doch nicht so weiter gehen! Deshalb rufen wir vor allem unsere Bundesregierung auf, sich ohne Parteinahme und ohne Einseitigkeit für einen gerechten, nachhaltigen Friedensprozess auf beiden Seiten, in der EU und UNO einzusetzen.

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH setzt sich seit ihrer Gründung unmissverständlich und ohne Doppelmoral gegen jedes Kriegsverbrechen und jeden Terrorismus sowie gegen Antisemitismus, Judenhass und Rassismus in allen Erscheinungsformen ein, egal, aus welcher Ecke sie stammen. Deshalb verurteile ich im Namen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen erneut und in aller Deutlichkeit alle möglichen Missbräuche des Kriegsverbrechens der israelischen Regierung in Palästina durch Muslime hier in Hessen und Deutschland, gegen unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und ihre Synagogen feindlich vorzugehen und dadurch das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften und Kulturkreise in unserer Heimat Hessen und Deutschland zu gefährden.

Zum Schluss: Insbesondere die Religionsgemeinschaften haben die Aufgabe und Verantwortung, sich als Mahner für den Frieden und gegen Gewalt einzusetzen. An dieser Stelle will ich mein Befremden wegen der Empathielosigkeit des Zentralrats der Juden in Deutschland ausdrücken. In seiner Pressemitteilung vom 12. Mai zur Lage in Israel lautet es: „Wir erwarten gerade von den Bürgern in Deutschland Solidarität mit Israel und der jüdischen Gemeinschaft. Wir alle gemeinsam müssen uns an die Seite des jüdischen Staates stellen.“ Hier und heute fordere ich – wie beim Krieg im Jahre 2014 - erneut den Zentralrat der Juden in Deutschland ausdrücklich auf, sich von der unverhältnismäßigen Gewaltpolitik der israelischen Regierung in Palästina und Gaza unmissverständlich zu distanzieren, statt ständig als Sprachrohr der israelischen Regierung zu agieren. In diesem Sinne weise ich den Zentralratsvorsitzenden auf das klare Gebot der Thora hin: **„Du sollst nicht morden!“** So können wir uns zusammen gegen alle Versuche aus allen Ecken, Muslime und Juden gegeneinander anzufeinden, einsetzen und zum Frieden in unserem gemeinsamen Land Deutschland entscheidend beitragen.